

des Sekretariats
für den Konvent

**Betr.: Beitrag der Beobachter des Wirtschafts- und Sozialausschusses beim
Konvent Frau Anne-Marie Sigmund, Herrn Göke Frerichs und
Herrn Roger Briesch
– Entschließung des Wirtschafts- und Sozialausschusses**

Der Generalsekretär hat von den Beobachtern des Wirtschafts- und Sozialausschusses beim Konvent Frau Anne-Marie Sigmund, Herrn Göke Frerichs und Herrn Roger Briesch die Entschließung des Wirtschafts- und Sozialausschusses erhalten, die sie als Beitrag zu den Beratungen des Konvents vorlegen.



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

ENTSCHLIESSUNG
an die Adresse des Europäischen Konvents

Diese EntschlieÙung verabschiedete der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss auf seiner 393. Plenartagung am 18./19. September 2002 (Sitzung vom 19. September) mit 167 gegen 4 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen.

1. PRÄAMBEL

- 1.1. *Der Ausschuss ist auf europäischer Ebene die Institution, die die organisierte Zivilgesellschaft konsultiert, sie vertritt, sie informiert und als ihr Sprecher fungiert. Er ist das Gremium, in dem die Vertreter der Verbände, Gewerkschaften und der zivilgesellschaftlichen Organisationen der Mitgliedstaaten fest in den Prozess der Politikgestaltung und der Entscheidungsfindung auf Gemeinschaftsebene eingebunden werden können.*
- 1.2. *Die privilegierten Beziehungen, die der Ausschuss mit den Wirtschafts- und Sozialräten und vergleichbaren Einrichtungen in den Mitgliedstaaten und mit der organisierten Zivilgesellschaft in den Drittstaaten und geographischen Zusammenschlüssen, zu denen die Europäische Union strukturierte Beziehungen pflegt, unterhält, erhöhen den Zusatznutzen und die Legitimation seiner Tätigkeit zugunsten eines Europas, das politisch besser zugänglich, transparenter und stärker partizipativ geprägt ist. Die nachhaltigen Beziehungen, die der Ausschuss zu den nicht in ihm vertretenen Organisationen der Zivilgesellschaft aufgebaut hat, tragen ebenfalls dazu bei, diesen Zusatznutzen und diese Legitimation zu erhöhen. Der Ausschuss beabsichtigt, diese Beziehungen auszubauen.*
- 1.3. *In dieser EntschlieÙung beschränkt sich der EWSA bewusst auf bestimmte wesentliche Überlegungen und Standpunkte in Bezug auf die Debatte über die Zukunft Europas. Der Ausschuss behält sich vor, zu einem späteren Zeitpunkt zu bestimmten Themen Stellung zu beziehen, die im Einzelnen vom Europäischen Konvent behandelt werden.*

2. DAS EUROPÄISCHE GESELLSCHAFTSMODELL

- 2.1. Der EWSA erwartet vom Konvent, dass er die Verfassungsgrundlagen der Europäischen Union neu definiert, welche (i) durch einen Ausgleich zwischen der kulturellen Vielfalt und der politischen Einheit gekennzeichnet ist und (ii) die Entfaltung des europäischen Gesellschaftsmodells bei Wahrung verschiedener sozialer und kultureller Identitäten ermöglicht.
- 2.2. Die Arbeiten des Konvents rühren an den Kern der europäischen Identität und des europäischen Projekts sowie an die Werte, auf die sich dieses Projekt stützt. Es geht also nicht nur um "die Kompetenzen" und die Befugnisverteilung.

- 2.3. Die Kultur ist auch Ausdruck einer Zugehörigkeit zu gemeinsamen Werten und insofern ein grundlegender Faktor für die europäische Identität. Der Ausschuss fordert, dass im Rahmen des künftigen Verfassungsvertrags der Kulturbegriff so verstanden wird, dass die Politik der Union in diesem Bereich zur Entstehung einer wirklichen Wertegemeinschaft beiträgt und gleichzeitig die volle Entfaltung der nationalen und regionalen Kulturen gewährleistet wird.
- 2.4. Der Ausschuss bekräftigt sein Eintreten für die Weiterentwicklung der Unionsbürgerschaft.
- 2.5. Daraus erwächst die Notwendigkeit, eine institutionelle Architektur festzulegen, die über eine starke demokratische Legitimation verfügt, in der
- (i) die Befugnisse und Zuständigkeiten der Organe klarer festgelegt sind und
 - (ii) die gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt der europäischen Länder sowie eine starke und anhaltende Verbesserung des sozialen Zusammenhalts die grundlegenden Bestandteile einer partizipativen und von allen geteilten europäischen Identität bilden.
- 2.6. Die Charta der Grundrechte ist in dieser Hinsicht eine ethische, soziale und politische Verpflichtung, sie ist der Dreh- und Angelpunkt für die Schaffung dieser gemeinsamen Identität. In ihr kommt die Anerkennung einer Gemeinschaft der Rechte und Pflichten zum Ausdruck, die alle Bürger anerkennen und als deren Träger sie sich fühlen. Der Ausschuss fordert die Verankerung der Charta im Verfassungsvertrag.
- 2.7. Der Ausschuss erachtet es für unerlässlich, dass die Union international größere Verantwortung übernimmt und nur mit einer Stimme spricht. Er tritt dafür ein, dass die Union mit Organen ausgestattet wird, die ihr die Durchführung einer Außenpolitik ermöglichen, die diesen Namen verdient und insbesondere auf die Ideale des Friedens, der Demokratie, der Solidarität und des wirtschaftlichen Wohlergehens gestützt ist, und dass diese Politik zur Entwicklung der Zivilgesellschaften der Partnerländer beiträgt und deren wirksame Einbeziehung in die Kooperationsprogramme gewährleistet. Dazu sollten Assoziierungsinstrumente geschaffen werden, wie dies bereits auf Anregung des EWSA mit dem Abkommen von Kotonou oder auch im Rahmen der Zusammenarbeit im Mittelmeerraum geschehen ist.

- 2.8. Der Ausschuss verleiht den Maßnahmen der Union im Bereich der Außenbeziehungen einen zusätzlichen Mehrwert, indem er den strukturierten Dialog mit den Vertretern der organisierten Zivilgesellschaft der Beitrittsstaaten, wie auch mit den Partnerländern des Mittelmeerraumes, Afrikas, der Karibik und des Pazifiks, Lateinamerikas, Russlands sowie Asiens stetig ausbaut.
- 2.9. Ein grundlegende Voraussetzung hierfür ist nach Ansicht des Ausschusses eine Ausweitung der Kompetenzen der Union in den Bereichen Justiz und Inneres (JI), um so auf die zunehmenden Sorgen der Bürger in Bezug auf die Bekämpfung aller Formen der Kriminalität zu reagieren.
- 2.10. Er erachtet es für wesentlich, dass die Union mit den Instrumenten ausgestattet wird, die für eine wirksame Umsetzung der gemeinsamen, auf die Solidarität gegründeten Migrations- und Asylpolitik erforderlich sind.
- 2.11. Die Politik zur Integration der Einwanderer ist zu verbessern. Der Ausschuss ersucht den Konvent zu prüfen, ob den Drittstaatsangehörigen, die den Status langfristig aufenthaltsberechtigter Personen besitzen, die Unionsbürgerschaft zuerkannt werden kann.

3. PARTIZIPATIVE DEMOKRATIE, ZIVILER DIALOG UND SOZIALER DIALOG

- 3.1. Der Ausschuss empfiehlt die Stärkung der repräsentativen Demokratie durch die Entwicklung partizipativer Prozesse, die es den zivilgesellschaftlichen Organisationen ermöglichen, in einem frühen Stadium am Prozess der Politikgestaltung und der Vorbereitung der Beschlüsse sowie an deren Umsetzung beteiligt zu werden. Der zivile Dialog wird, indem er die Partizipation der unmittelbar Betroffenen ermöglicht, zu einem Schlüsselement für die Erhöhung der demokratischen Legitimität der Europäischen Union.
- 3.2. Der EWSA hat eine Schlüsselrolle in der Organisation des zivilen Dialogs zu spielen, und er ist dazu berufen, das Forum für diesen Dialog zu sein, ohne dass dadurch seine Struktur und seine Kompetenzen beeinträchtigt würden.
- 3.3. Dabei muss klar unterschieden werden zwischen dem Dialog mit den Organisationen der Zivilgesellschaft einerseits und dieser Organisationen untereinander andererseits und dem sozialen Dialog. Der soziale Dialog auf Gemeinschaftsebene ist ein Mechanismus, bei dem die Sozialpartner über paralegislative Kompetenzen verfügen. Dabei sind die Teilnehmer, Befugnisse und Verfahren eindeutig definiert.

- 3.4. Die Rolle und die spezifischen Verantwortlichkeiten der Sozialpartner sind im Rahmen einer Vertiefung des europäischen sozialen Dialogs weiter auszubauen.
- 3.5. Die Forderung nach dem zivilen Dialog leitet sich ab aus den Prinzipien der Demokratie und der Subsidiarität. Das Subsidiaritätsprinzip betrifft nicht nur die Aufteilung der Befugnisse auf die verschiedenen Ebenen der Gebietskörperschaften, sondern ist auch Ausdruck einer partizipativen Konzeption der Beziehungen zwischen den staatlichen Stellen und der Gesellschaft sowie der Freiheiten und Aufgaben der Bürger. Bei der Entscheidung darüber, wer in die Vorbereitung der Beschlüsse einbezogen werden soll, muss neben der territorialen (vertikalen) Subsidiarität auch die funktionale (horizontale) Subsidiarität berücksichtigt werden, die einer der wesentlichen Bestandteile des verantwortungsvollen Regierens ist.
- 3.6. Sowohl der soziale Dialog als auch die Praxis der Koregulierung bzw. der Selbstregulierung als einer zwischen den beteiligten Institutionen und Parteien aufgeteilten Verantwortung tragen zu einem solchen Regieren in Europa (governance) bei.

4. ENTSCHEIDUNGSSTRUKTUREN IM WIRTSCHAFTLICHEN UND SOZIALEN BEREICH

- 4.1. Der EWSA fordert eine Koordinierung der Wirtschaftspolitiken, die die bestmögliche Ausschöpfung des in der Union vorhandenen Wachstums- und Beschäftigungspotenzials ermöglicht, die Wiederherstellung des Vorschlagsrechts der Kommission und die obligatorische Anhörung des Ausschusses bei der Ausarbeitung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik, einen besser abgestimmten Einsatz der Instrumente der makroökonomischen und der Strukturpolitik, sowie einen fortgesetzten Dialog zwischen den einzelnen Akteuren der makroökonomischen Politik.
- 4.2. Der Ausschuss verlangt, dass das Ziel der Vollbeschäftigung im Verfassungsvertrag als eines der Ziele der Union ausdrücklich genannt, und dass in den einschlägigen Artikeln dieses Vertrags klarer ausgeführt wird, dass die Wirtschafts- und Geldpolitik zur Verwirklichung des Ziels des Wachstums und der Vollbeschäftigung beitragen muss:
- 4.3. Der Ausschuss fordert mit Nachdruck, dass sich die Union die für eine erfolgreiche Umsetzung der Lissabonner Strategie notwendigen Instrumente gibt. Durch diese Strategie soll die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden, einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen.

- 4.4. Der Ausschuss betont darüber hinaus, dass der Erfolg der Lissabonner Strategie durch die Umsetzung der Schlussfolgerungen von Göteborg flankiert werden muss, d.h. Berücksichtigung aller wesentlichen Grundsätze für die Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung."
- 4.5. Der Ausschuss fordert zudem:
- (i) eine Stärkung der Politik des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts und eine Vereinheitlichung der Verfahren und Modalitäten für die Maßnahmen, um deren Wirksamkeit zu erhöhen und eine tatsächliche Einbeziehung der Organisationen der Zivilgesellschaft zu gewährleisten;
 - (ii) die Förderung der Innovation und des Unternehmergeistes in seiner Vielfalt gemäß den Aktionslinien, wie sie u.a. in der Europäischen Charta für die KMU festgelegt sind;
 - (iii) die Aufnahme eines gesonderten Verweises auf die Erbringung von Diensten von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse in den Verfassungsvertrag als einer der von der Union in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten zur Erreichung ihrer Ziele zu entwickelnden Maßnahmen sowie die Aufnahme einer Bestimmung, die es erlaubt, die von den betroffenen Diensten verfolgten Ziele von allgemeinem Interesse geltend zu machen;
 - (iv) die Verstärkung der Instrumente zur Betrugsbekämpfung in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten.
- 4.6. Der Ausschuss ist der Ansicht, dass die Methode der offenen Koordinierung unbeschadet der Rechtssetzungsbefugnisse der Union ein wichtiges Instrument ist, um den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt zu fördern, vorausgesetzt, die Sozialpartner und die sonstigen beteiligten Akteure der Zivilgesellschaft werden tatsächlich einbezogen. Der Ausschuss fordert, dass im Verfassungsvertrag eine Rechtsgrundlage für diese Methode geschaffen wird, an deren Weiterverfolgung er beteiligt werden möchte.
- 4.7. In Bezug auf die Finanzierung der Gemeinschaftspolitiken ist zu gewährleisten, dass längerfristig gesehen die Einnahmen der Union zur Finanzierung der eingegangenen Verpflichtungen ausreichen. Der Ausschuss verlangt, dass ein neues Finanzierungssystem geschaffen wird. Eine bessere Ausstattung der Union mit Eigenmitteln sollte ins Auge gefasst werden.

- 4.8. Der Ausschuss verlangt eine nachhaltige Reform der Politikgestaltung und der Beschlussfassung auf Unionsebene, die auf die Grundsätze der Solidarität, Transparenz, der Kohärenz, der Subsidiarität, der Verhältnismäßigkeit und der Offenheit gestützt sein muss.
- 4.9. Die Vereinfachung der Rechtsetzungsprozesse und der Gemeinschaftsvorschriften selbst ist eine unerlässliche Voraussetzung für die Erweiterung; sie ermöglicht aber auch ein besseres Verständnis der EU-Politiken und des europäischen Integrationsprozesses bei den wirtschaftlichen und sozialen Akteuren und den Bürgern. Vor diesem Hintergrund fordert der EWSA, dass die Gemeinschaftsorgane Verhaltenskodizi zur Vereinheitlichung des Regelungsprozesses annehmen, sowie an die Notwendigkeit, eine Folgenabschätzung für jedes Regelungsvorhaben vorzunehmen und dabei auch mögliche Alternativen aufzuzeigen.
- 4.10. Der Ausschuss ist der Ansicht, dass die Koregulierung stärker gefördert werden sollte, indem ein Gemeinschaftsrahmen und die Initiative der betroffenen Parteien so miteinander verknüpft werden, dass das Ziel einer größeren Flexibilität und Effizienz erreicht wird.
- 4.11. Der Ausschuss fordert ferner, dass ihm im Verfassungsvertrag die Möglichkeit zuerkannt wird, seine Funktion noch besser wahrzunehmen, indem die Konsultation im Stadium vor dem Rechtsetzungsprozess zur Regel gemacht wird, insbesondere durch die verstärkte Inanspruchnahme des Verfahrens der Sondierungsstellungnahmen auf Ersuchen der anderen Organe.
- 4.12. Vor dem Hintergrund, dass die EU ihr Netz von Konsultationen weiter knüpft, um die Qualität der demokratischen Entscheidungsfindung zu verbessern, macht der Ausschuss geltend, dass er zwischen der Kommission und der organisierten Zivilgesellschaft als Brücke fungieren kann, wie das erfolgreiche Stakeholder-Forum zur nachhaltigen Entwicklung im September 2002 sehr gut veranschaulicht.
- 4.13. Schließlich würde sich der EWSA in seiner Funktion bestätigt sehen, würde ihm in dem neuen Verfassungsvertrag der Organstatus zuerkannt.

5. *SCHLUSSFOLGERUNGEN*

- 5.1. Nach Ansicht des Ausschusses muss auf sämtlichen Ebenen alles dafür getan werden, dass die europäischen Bürger in die Ausarbeitung eines Entwurfs für ein erweitertes Europa tatsächlich voll einbezogen werden und dass dieser eine konkrete inhaltliche Gestalt erhält. Angesichts der anhaltenden Unzufriedenheit der Unionsbürger über die mangelnde Transparenz und Einbindung in den europäischen Integrationsprozess, muss im Rahmen der Arbeiten des Konvents eine Vision für die Zukunft Europas erkennbar werden, die es den Bürgern gestattet, diesen Prozess zu unterstützen und sich stärker mit ihm zu identifizieren.
- 5.2. Der EWSA bekräftigt, dass er seine Rolle im Europäischen Konvent in vollem Umfang wahrzunehmen gedenkt und, gemäß der von ihm dazu angenommenen Entschlie¹ßung, einen effektiven Beitrag für eine möglichst weite Öffnung der Debatte über die Zukunft der Union in der organisierten Zivilgesellschaft leisten will.
-

¹ Entschlie¹ßung über die "Zukunft Europas" vom 17. September 2001 – CES 1033/2001 fin.